



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 24. August 2021

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 24. August 2021**

Inhalt

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE..... | 2 |
| 2. ZUR LAGE | 4 |
| 3. ZUR WOCHE..... | 6 |
| TOP 1: Leben retten in Afghanistan!..... | 6 |
| TOP 2: Aufbauhilfe für Hochwassergebiete | 6 |
| TOP 3: Corona-Pandemie noch nicht überwunden, epidemische Lage wird verlängert | 7 |

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

Die richtigen Lehren aus Afghanistan ziehen

Die Evakuierung von deutschen Staatsangehörigen, afghanischen Ortskräften und ihren Familien sowie gefährdeten Vertreter:innen der afghanischen Zivilgesellschaft laufen auf Hochtouren. Auch nach Ende der militärischen Evakuierung wollen wir dafür sorgen, dass schutzbedürftige Menschen das Land verlassen können.

Die internationale Gemeinschaft, die Nachrichtendienste, die Bundesregierung, aber auch andere haben die Lage falsch eingeschätzt. Wir wollen daraus für andere Auslandseinsätze der Bundeswehr die richtigen Lehren ziehen. Deshalb fordern wir Sozialdemokrat:innen eine Enquetekommission des Bundestages in der nächsten Legislaturperiode. Sie soll – unter Einbeziehung von Expert:innen – das zivile, polizeiliche und militärische Engagement in Afghanistan insgesamt bewerten und Vorschläge für laufende und zukünftige Friedenseinsätze formulieren.

Der Forderung von Armin Laschet nach Einsetzung eines Nationalen Sicherheitsrats im Kanzleramt erteilen wir eine klare Absage: Sie ist der wiederholte Versuch, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu zentralisieren und die nachweisliche Expertise sowie die Mitwirkungsrechte des Parlaments zu untergraben.

Epidemische Lage wird verlängert

Die Corona-Pandemie dauert weiter an. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit treibt die hochansteckende Delta-Variante die Zahl der COVID-19-Fälle in die Höhe. Es ist deshalb richtig und nötig, dass der Bundestag die epidemische Lage in Deutschland um weitere drei Monate verlängert. Damit schaffen wir Rechtssicherheit – und schützen die Gesundheit der Menschen bestmöglich.

Wiederaufbauhilfe für ein normales Leben

Die Flutkatastrophe hat viele Menschenleben gefordert, aber auch milliarden schwere Schäden verursacht. Nach der Soforthilfe, die Olaf Scholz schnell und unbürokratisch für die dringenden Nöte der Menschen in den Hochwassergebieten auf den Weg gebracht hatte, werden wir in dieser Woche ein Aufbauhilfe-Paket in Höhe von 30 Milliarden Euro beschließen. Was durch den Wiederaufbau für ein normales Leben mit Geld zu bezahlen ist, werden wir damit finanzieren. Neben den finanziellen Hilfen ist es aber auch wichtig, den Unternehmen in den betroffenen Regionen Zeit zu geben,

ihre Fragen zur Sanierung und zur Finanzierung der Hochwasserschäden zu klären. Deshalb setzen wir für diese Betriebe die Insolvenzantragspflicht aus und sichern damit auch Arbeitsplätze vor Ort.

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Evakuierung von deutschen Staatsangehörigen, afghanischen Ortskräften und ihren Familien sowie gefährdeten Vertreter:innen der afghanischen Zivilgesellschaft laufen auf Hochtouren. Auch nach Ende der militärischen Evakuierung, die bis zum 31. August durchgeführt wird, wollen wir dafür sorgen, dass schutzbedürftige Menschen das Land verlassen können.

Die internationale Gemeinschaft, die Nachrichtendienste, die Bundesregierung, aber auch andere haben die Lage falsch eingeschätzt. Wir wollen daraus für die Auslandseinsätze der Bundeswehr die richtigen Lehren ziehen. Bereits in unserem Wahlprogramm haben wir die Einsetzung einer Enquetekommission in der nächsten Legislaturperiode gefordert. Sie soll – unter Einbeziehung von Expert:innen – das zivile, polizeiliche und militärische Engagement in Afghanistan insgesamt bewerten und Vorschläge für laufende und zukünftige Friedenseinsätze formulieren.

Der Forderung von Armin Laschet nach Einsetzung eines Nationalen Sicherheitsrats im Kanzleramt erteilen wir eine klare Absage: Sie ist der wiederholte Versuch, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im Kanzleramt zu zentralisieren, die zuständigen Ministerien zu schwächen und die Expertise sowie die Mitwirkungsrechte des Parlaments zu untergraben.

Viele afghanische Frauen und Männer haben unsere Arbeit in Afghanistan in den vergangenen Jahren unterstützt. Einigen von ihnen ist dank der Evakuierungsflüge die Ausreise geglückt. Wir wollen sie und ihre Angehörigen nach ihrer Ankunft in Deutschland so gut wie möglich unterstützen. Der rechtliche Rahmen dafür steht, die Jobcenter und das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration sind vorbereitet. So haben die afghanischen Ortskräfte und ihre Angehörigen ab dem ersten Tag ihres Aufenthalts Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und aufgrund der Dauerbleibeperspektive den vollen Arbeitsmarktzugang.

Die Corona-Pandemie ist trotz fortschreitender Impfungen nicht überwunden – die kontinuierlich steigenden Infektionszahlen zeigen das. Deshalb gilt weiterhin das Prinzip „Vorsicht“. Damit auch in den nächsten Monaten Schutzmaßnahmen ergriffen werden können, müssen die rechtlichen Grundlagen dafür beibehalten werden. Kurz gesagt: Die epidemische Lage muss verlängert werden. Gleichzeitig gilt aber auch: Nur wenn sich eine ausreichende Zahl von Menschen impfen lässt, werden wir wieder zu einem normalen Leben zurückkehren können.

Seit Monaten drängt die SPD-Bundestagsfraktion angesichts des Impffortschritts darauf, neben der Inzidenz weitere Parameter im Infektionsschutzgesetz zu verankern, um die Infektionslage differenziert bewerten zu können. Das hat die Unionsfraktion bis Ende vergangener Woche leider immer wieder abgelehnt. Das plötzliche Einlenken von Jens Spahn war längst überfällig.

Auch die Flutkatastrophe wird uns in dieser Woche beschäftigen. Sie hat nicht nur viele Menschenleben gefordert, sondern auch milliardenschwere Schäden verursacht. Nach der Soforthilfe, die Olaf Scholz schnell und unbürokratisch für die dringenden Nöte der Menschen in den Hochwassergebieten auf den Weg gebracht hatte, werden wir in dieser Woche ein Aufbauhilfe-Paket in Höhe von 30 Milliarden Euro beschließen. Was durch den Wiederaufbau für ein normales Leben mit Geld zu bezahlen ist, werden wir damit finanzieren. Neben den finanziellen Hilfen ist es aber auch wichtig, den Unternehmen in den betroffenen Regionen Zeit zu geben, ihre Fragen zur Sanierung und zur Finanzierung der Hochwasserschäden zu klären. Deshalb setzen wir auf Initiative unserer Justizministerin für diese Betriebe die Insolvenzantragspflicht aus und sichern damit auch Arbeitsplätze vor Ort. Wir regeln außerdem den Pfändungsschutz neu, damit Betroffenen auch dann die unpfändbaren Hochwasser-Soforthilfen von ihrem Kreditinstitut ausgezahlt werden, wenn diese auf einem Pfändungsschutzkonto eingehen.

Inmitten dieser internationalen und nationalen Herausforderungen gibt es aber auch Grund für Optimismus: In 33 Tagen entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die künftigen Mehrheiten im Deutschen Bundestag. Wir kämpfen für einen Wechsel in Deutschland. Mit unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und mit unserem Zukunftsprogramm. Wir brauchen mehr sozialdemokratische Politik. Wir kämpfen mit unserer Kompetenz und unserer Einigkeit als Partei. Nicht mit Eifersüchteleien. Und es zahlt sich aus, dass wir den Kopf nicht in den Sand gesteckt haben, sondern die Menschen von unserer guten Arbeit – in der Bundesregierung, aber auch in unserer Fraktion – überzeugt haben.

Euer

gez. Dr. Rolf Mützenich

3. ZUR WOCHE

TOP 1: Leben retten in Afghanistan!

Die Lage in Afghanistan ist äußerst dramatisch. Die Berichte und Bilder, die uns von dort erreichen, sind bestürzend. Die Taliban haben in kürzester Zeit das Land und die Hauptstadt Kabul unter ihre Kontrolle gebracht. Die afghanischen Sicherheitskräfte haben dem Eroberungszug nichts entgegengesetzt. Jetzt gilt es, keine Zeit zu verlieren, um deutsche Staatsangehörige, afghanische Ortskräfte und deren Familien so schnell wie möglich nach Deutschland zu holen. Aber auch Afghaninnen und Afghanen, die für deutsche Entwicklungseinrichtungen, NGOs, Medien oder Stiftungen gearbeitet haben, sowie Menschen- und Frauenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen und Kulturschaffende sollen evakuiert werden. Transportflugzeuge der deutschen Luftwaffe haben bereits unter äußerst schwierigen und gefährlichen Bedingungen viele Menschen in Sicherheit gebracht. In den nächsten Tagen werden weitere Rettungsflüge folgen.

Damit das gelingt, muss die Evakuierung militärisch abgesichert und die Mission nachträglich auf eine rechtssichere Grundlage gestellt werden, wie das im Parlamentsbeteiligungsgesetz bei „Gefahr im Verzug“ festgehalten ist. Auf Antrag der Bundesregierung berät der Bundestag in dieser Woche deshalb ein neues Bundeswehrmandat. Das Mandat ist auf 600 Soldat:innen begrenzt und bis zum 30. September 2021 befristet.

TOP 2: Aufbauhilfe für Hochwassergebiete

Durch die Starkregenfälle und das Hochwasser im Juli 2021 sind in einigen Regionen im Südwesten des Landes enorme Schäden bei Privathaushalten, Unternehmen und der Infrastruktur entstanden. Die erheblichen Kosten für die Beseitigung der Schäden und den Wiederaufbau werden der Bund und alle Länder solidarisch gemeinsam tragen.

Dazu legen die Koalitionsfraktionen in der Sondersitzung des Bundestages am 25.8.2021 ein Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ vor. Das Gesetz wird in 1. Lesung beraten und soll am 7.9.2021 beschlossen werden.

Der Aufbaufonds wird durch den Bund mit bis zu 30 Milliarden Euro ausgestattet. Die Kosten für die Wiederherstellung der Infrastruktur des Bundes in Höhe von 2 Milliarden Euro trägt der Bund alleine. Die übrigen 28 Milliarden teilen sich Bund und Länder.

Um beschädigte Brücken und Straßen schnellstmöglich wieder aufzubauen und mobile Unterkünfte für Betroffene und Institutionen (Rathäuser, Schulen, Kitas) zu erleichtern, wird das Baugesetzbuch geändert. Wenn mit den Maßnahmen die Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturgefahren erhöht wird, muss für diese Maßnahmen kein Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren durchgeführt werden.

Um künftig in Katastrophenfällen schneller und effizienter die Betroffenen zu warnen, wird das sogenannte Cell Broadcast zügig eingeführt: Mit dieser Technik werden Warnungen an alle Mobilgeräte in einem bestimmten Gebiet verschickt. Der Vorteil dieses Verfahrens: Die Empfänger müssen keine spezielle App herunterladen, sondern können per einfacher Textnachricht gewarnt werden und das auch bei schlechtem Mobilfunknetz.

Der Gesetzentwurf enthält außerdem neue Regelungen zum Pfändungsschutz von Hochwasser-Soforthilfen. Ziel ist es, dass die Geschädigten ihr Geld trotz evtl. gepfändeter Bankkonten bekommen. Und wir regeln, dass für Unternehmen in den betroffenen Regionen die Frist für die Stellung eines Insolvenzantrags bis Ende Januar 2022 ausgesetzt wird – so wie es bereits in der Pandemie galt. Damit gewinnen die Betriebe Zeit, um die notwendigen Finanzierungs- oder Sanierungsverhandlungen zu führen und Arbeitsplätze zu sichern.

TOP 3: Corona-Pandemie noch nicht überwunden, epidemische Lage wird verlängert

Die hohe Zahl an Neuinfektionen, eine steigende 7-Tage-Inzidenz und eine zunehmende Auslastung der Krankenhäuser sprechen eine deutliche Sprache: Die Corona-Pandemie ist noch nicht überwunden. Im Gegenteil: In Deutschland, aber auch weltweit breitet sich das Virus dynamisch aus – vor allem in Form der stark ansteckenden Delta-Variante.

Die Voraussetzungen für das Fortbestehen der epidemischen Lage sind damit weiterhin gegeben. Mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen wird die epidemische Lage von nationaler Tragweite deshalb um weitere maximal drei Monate verlängert. Dies schafft Rechtssicherheit und die Grundlage dafür, ein erhöhtes Infektionsgeschehen im Herbst und Winter rechtzeitig in den Griff zu bekommen.